

DUISBURG 1984: AUFARBEITEN, KOLLEKTIV GEDENKEN UND ANKLAGEN

Ein Bericht von Ceren Türkmen und Bengü Kocatürk-Schuster zur Podiumsdiskussion „Von Rassismus wurde nicht gesprochen“ mit der Initiative Duisburg 1984 über Rassismus, rechte Gewalt und selbstorganisierte Aufklärung am 14.06.2019 im Blue Square in Bochum.

Bekle beni
Sisli sabahlardayım
Yorgun, çaresiz
Şaşılması unutkanlığım üstümde
Kalemimi almamışım
Yapılacak işlerim öyle çok ki
Yardımsız da başarırım
Sislerin dağılacağı muhakkak
Bugün olmazsa yarın
Yakında gelicem
Aydınlık tertemiz yüzle
Bekle beni ...

*Warte auf mich
In den nebeligen Morgen
Ich bin müde und hilflos
Verfluchte Vergesslichkeit
Ich hab den Stift nicht bei mir
Dabei habe ich noch so viel zu tun
Auch ohne Hilfe werde ich das sicher schaffen
Der Nebel wird sich verziehen
Wenn nicht heute dann morgen
Sehr bald werde ich wiederkommen
Das Gesicht strahlend und rein
Warte auf mich ...*

Bekle Beni. Semra Ertan, 1982.

Mit diesem Gedicht der Arbeitsmigrantin und Poetin Semra Ertan begann am 14. Juni 2019 die erste öffentliche Podiumsveranstaltung der Initiative Duisburg 1984 in Bochum. Das Podium „Von Rassismus wurde nicht gesprochen!“ fand in Kooperation mit dem Netzwerk Interkultur Ruhr im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Kein schöner Land? Kontinuitäten rassistischer Gewalt“ statt, die von der Kulturfabrik Bochum organisiert wurde.

İğẗer

Semra Ertan beging am 24. Mai 1982 in Hamburg aus Protest gegen den zunehmenden Rassismus gegen Migrant*innen in Deutschland Suizid. Sie selbstverbrannte sich inmitten Hamburgs auf einem öffentlichen Platz. Es war nicht das einzige Gedicht von Ertan, das während der zweistündigen Veranstaltung mit neun Podiumsgästen verlesen wurde. Während des Podiums haben die neun Podiumsteilnehmer*innen immer wieder kurze Pausen gebraucht, in denen Ertans Gedichte vorgelesen wurden, um für einen Moment innehalten zu können, das Sprechen Ertan zu übergeben, sich auszuruhen, die Geschichten nachwirken zu lassen...

Das gemeinsame Schweigen und Zuhören der aus dem Off kommenden Stimme Ertans war geradezu notwendig. Schließlich war es die erste öffentliche Podiumsveranstaltung, die die Mitglieder der Initiative mit den Betroffenen des Brandanschlags 1984 in Duisburg gemeinsam veranstaltet haben, um ihre kollektive Anklage zu formulieren und einen geschützten, sozialen Raum zu schaffen, in dem den Stimmen und Erfahrungsberichten der Betroffenen zugehört werden konnte. Wie eingangs mehrmals von den Organisator*innen selber formuliert wurde, fiel es nicht leicht, diesen Raum des Zuhörens zu organisieren und überhaupt zu sprechen. Der hingegen gemeinsam während des Sprechens und Zuhörens geschaffene Raum zeugte schließlich von Intimität, einer kraftvollen, und doch besonnenen kollektiven Analyse aller neun Sprechenden und er zeugte von demütigem Respekt vor den Betroffenen.

Semra Ertan starb 25-jährig 1982 in Hamburg. 1980, zwei Jahre zuvor, ebenfalls in Hamburg, wurden Đĩ Anh Lân und Nguyễn Ngọc Châu in ihrer Flüchtlingsunterkunft die ersten dokumentierten Todesopfer neonazistischer Gewalt im Nachkriegsdeutschland; erneut in Hamburg 1985: Mehmet Kaymakçı und Ramazan Avcı, nachdem sie von Neonazis gejagt werden. Die Ermordung Avcıs sorgte bundesweit für großes Aufsehen. Die Täter wurden über Nacht festgenommen und am nächsten Tag wieder freigelassen. Später erhielten nur Einzelne Jugendstrafen für wenige Jahre.

Die Ehefrau von Ramazan Avcı war zum Zeitpunkt des Mordes hochschwanger. 25 Jahre nach der Ermordung von Ramazan konnte sie Mut fassen und sie gründete gemeinsam mit Aktivist*innen und Nachbar*innen aus der Stadtgesellschaft eine Initiative zum Gedenken an ihn. Erst mit dem 25. Gedenktag begann für sie der Kampf um Anerkennung und Gedenken. Die Benennung des Ramazan-Avcı-Platzes in der Nähe des Tatortes 2012 ist ein wichtiger Meilenstein für die Betroffenen und Angehörigen, ihrer Opfer zu gedenken, derer sich der Staat nicht angenommen, sondern die er aus dem kollektiven Gedächtnis abgewehrt hat.

„Es gibt keine systematisch mordende oder gewaltbereite rechte und rassistische Szene in Deutschland“, lautet das wiederholt formulierte Narrativ der Sicherheitsbehörden, des Verfassungsschutzes und der Politik. Sie isolieren mit diesem Narrativ rechte und rassistische Gewalttaten in Einzelfälle und verzerren Struktur, Ausmaß und die Wirkzusammenhänge zwischen rechter Gewalt und gesellschaftsfähigem Rassismus und Anti-Migrationspolitiken. Allerdings wirkt sich die verzerrte Wirklichkeitskonstruktion bürgerlich-staatlicher Politiken und Entscheidungen auch verzerrend auf die Erinnerung und Realität der Betroffenen und der Zivilgesellschaft aus. Die Angehörigen etwa der NSU-Opfer und Überlebenden wurden selber jahrelang kriminalisiert. Obwohl ihnen qua

İnter

migrantisch-situiertem Wissen und Erfahrung klar war, dass es rechte und rassistische Motive und somit Täter*innen gewesen sein mussten, mussten sie sich dennoch jahrelang schikanieren lassen und konnten bis heute nicht würdevoll und selbstbewusst um ihre umfassend aufgeklärte Geschichte und um ihre Opfer trauern!

Was aber bedeutet es für Gewaltopfer von faschistisch-rassistischer Gewalt, wenn die öffentliche Instanz, also der Staat und sämtliche staatlichen Institutionen, das Motiv ihrer Traumata und Gewalterfahrung unsichtbar, nicht erinnerbar und unaussprechbar macht? Bleibt man dann nicht auch als private Bürger*in und Rechtsperson unsichtbar und entrechtet in seiner Menschenwürde? Aus den vielen vermeintlichen rechten Einzeltaten eine Analyse des Rassismus im postkolonialen Kontinuum des Rassismus in der Bundesrepublik herauszuarbeiten, eigene Traumata, Geschichten und Rassismuserfahrungen auf der Ebene des widersprüchlichen Alltagsbewusstseins zu entzerren und eine würdevolle Gedenkpolitik zu erstreiten, bleibt Migrant*innen und den vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen selber überlassen.

Die Podiumsveranstaltung in Bochum stand unter dem Vorzeichen, vor allem die Perspektiven und Stimmen der Betroffenen und Angehörigen sichtbar und hörbar zu machen, sie weiterhin darin zu unterstützen, ihre Bürger*innenrechte auf Aufklärung, auf ein würdevolles Gedenken der Opfer, auf eine unabhängige Untersuchung und auf gesellschaftliche Anerkennung wahrzunehmen. Die systematisch verdrängte Brandstiftung in Duisburg darf nicht länger aktiv vergessen gemacht werden, sondern der Fall gehört neu untersucht.

1984, in der Nacht vom 26. auf den 27. August, ereignet sich im Duisburger Stadtteil Wanheimerort ein Brandanschlag. Döndü Satır, Zeliha Turhan, Rasim Turhan, Tarık Turhan, Çiğdem Satır, Ümit Satır und Songül Satır sind die Namen der Opfer, die bis heute kaum einer kennen dürfte; sieben Mitglieder der Familie Satır sterben in den Flammen, mehrere Bewohner*innen des in der lokalen Presse als „Türkenhaus“ bezeichneten Wohnhauses, erleiden schwere Verletzungen. Rukiye und Aynur Satır überleben die Brandstiftung durch einen Sprung aus dem Fenster des zweiten Obergeschosses mit schweren Verletzungen. Rukiye Satır kann das Krankenhaus 16-jährig erst nach Monaten und mehreren Operationen verlassen.

Der Fall kann lange weder juristisch noch zivilgesellschaftlich aufgeklärt werden. Es gibt hingegen von Anfang an widersprüchliche Hinweise und einen sehr frühen Ausschluss eines politisch und somit rassistisch (damals sprach man noch von „Ausländerfeindlichkeit“) motivierten Anschlags seitens der Sicherheitsbehörden. Der Spiegel aus dem Jahr 1984 berichtet von einem rechten Symbol an der Hauseingangstür. In Grauen Heften der ersten migrantischen Selbstorganisationen von 1984 gibt es ähnliche Hinweise. 1984, das kann man den lokalen Medien entnehmen, gründet sich sogar eine zivilgesellschaftliche Bürger*inneninitiative, die die Ermittlungsbehörden öffentlich auffordert, das Motiv „Ausländerfeindlichkeit“ zu überprüfen.

Dennoch geschieht nichts, es fehlt ein*e Täter*in, zwischendurch wird ein ehemals jugoslawischer Bewohner des Hauses als Verdächtiger in Untersuchungshaft genommen. Erst 1994 wird eine Frau festgenommen, die 1993 – d.h. im Jahr der Pogrome auf

İnter

Migrant*innen – einen Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Duisburg verübt haben soll, bei dem wie durch ein Wunder niemand starb. Auch diese Brandstiftung konnte die Polizei nicht aufklären. Bei der Täterin wird eine Pyromanie diagnostiziert. Sie wird per forensischem Gutachten verurteilt und in einer forensischen Psychiatrie untergebracht. Dort gesteht sie auch die Brandstiftung 1984 – d.h. im Jahr der Rückkehrpolitik und der Hetze gegen Migrant*innen – begangen zu haben. Die Sicherheitsbehörden klären den Fall nicht auf, sondern geben sich mit dem Geständnis zufrieden.

35 Jahre nach diesem Ereignis möchte die Initiative Duisburg 1984 gemeinsam mit der Duisburger Familie an die Brandstiftung erinnern, eine erneute unabhängige Untersuchung als Verdachtsfall vorschlagen und Rassismus anklagen! Sie wollen wissen, wie das Motiv Rassismus überprüft und ausgeschlossen wurde, da es verhärtete Verdachtsmomente auf Rassismus gab.

Auf dem Podium saßen Eylem Satır Özcan, Mustafa Özcan, Yusuf Özcan, Can Özcan, Ceren Türkmen, Kutlu Yurtseven, Aynur Satır Akça, Jan-Robert Hildebrandt, Suat Akkuş, Bengü Kocatürk-Schuster, Ümit Akkuş, Alexander Bauer, Martin Dietzsch und Alexandra Graevskaia.

Alexander Bauer eröffnete das Podium mit der Vorstellung der zivilgesellschaftlichen Initiative. Ziel der Initiative Duisburg 1984 ist es, gemeinsam mit der Familie den Brandanschlag von August 1984 als dringenden Verdachtsfall rassistischer Gewalt vorzustellen und anzuklagen. Dabei geht es darum, den blinden Fleck Rassismus als Tatmotiv überprüfen zu lassen. Da es sich bei der Brandstiftung von 1984 nicht um einen Einzelfall handelt, wurden und werden bei der Arbeit der Initiative die historisch-politischen Rahmenbedingungen und rassistischen Kontinuitäten stets vor Augen gehalten. Ein weiteres Ziel der Initiative ist es, das Ereignis gemeinsam mit der Familie der Vergessenheit zu entreißen, um würdevolle Möglichkeiten der Erinnerung zu schaffen, was in den letzten 35 Jahren nicht erfolgte. Durch das Vergessen des Brandanschlags verstummten im Laufe der Jahre auch die Hinterbliebenen, denen weder zugehört noch geglaubt wurde. Sie fühlten sich nicht anerkannt und alleine gelassen. Rukiye Satır sagte dazu in einem Gespräch: „Unser Fall wurde vergessen, lange Jahre mussten wir unsere körperlichen und seelischen Leiden erstmal heilen, uns retten, und wir allein konnten nicht viel tun. Niemand stand unterstützend wie heute an unserer Seite“. Daher ist es der Initiative wichtig, diese Perspektiven ans Tageslicht zu bringen und die Hinterbliebenen zu stärken.

Mitglied der Initiative Duisburg 1984 Alexandra Graevskaia bot vor allem einen historisch-politischen Abriss der 1980er und frühen 1990er Jahre. Sie beschrieb die Stimmung in der Gesellschaft, die sich den Migrant*innen gegenüber immer weiter verschärfte. Beeinflusst wurde diese Stimmung ganz stark von der abschottenden, ausgrenzenden Politik gegenüber Migrant*innen, aber auch durch die polarisierenden Aussagen von Politiker*innen, die von den Medien in die breite Öffentlichkeit getragen wurden. Bereits in den 1980er Jahren war von „Ausländerüberflutung“ und „Überfremdung“ die Rede. Folglich standen die rassistischen Morde und Anschläge in den 1980er und

İnter

1990er Jahren mit dieser Politik in einem direkten Verhältnis. Letzterer Punkt entspricht der Spezifik rechter Gewalt: Die Täter*innen fühlen sich als legitime Vollstrecker*innen einer gesellschaftlich-völkischen Ideologie, die Staat und Nation retten sollen.

Mitglied und Mitgründerin der Initiative Ceren Türkmen kritisierte die Ermittlungsstrategien, die direkt nach dem Brandanschlag erfolgten. Weder die Politik, noch die Sicherheits- und Ermittlungsbehörden gingen, trotz widersprüchlicher Hinweise, rassistischen Motiven nach. Ein rassistisches Motiv wurde bereits am dritten Tag nach der Tat ausgeschlossen, wodurch vermutlich wichtige Spuren und Hinweise übersehen wurden. Die Frage lautet, warum und wie das Motiv so früh gründlich hat ausgeschlossen werden können. Es gibt zu viele Hinweise, die einer umfassenden Aufklärung bedürfen. Wenn die Täterin zwei eindeutig als „migrantisch“ identifizierbare Wohnobjekte lebensbedrohlich angreift, dann sucht sie sich diese Objekte explizit aus. Sie sind nicht zufällig gewählt. Hinzu kommen die Jahre der beiden Tathandlungen. 1984 und 1993 sind Hochjahre rechter Diskurse, Pogrome auf Migrant*innen, Überfremdungsdebatten und Abschottungspolitiken. Wie kommt es, dass sie gerade in diesen Jahren Brandstiftungen gegen das „Türkenhaus“ und gegen ein „Flüchtlingswohnheim“ organisiert? Wir müssen auch noch herausfinden, wie die Behörden und ob überhaupt die Behörden die Familie sozial betreut haben. Hierzu liegt uns sehr viel Kritik vor. Warum wurde zudem ein ehemals jugoslawischer Bewohner des Hauses nach der Brandstiftung 1984 in Untersuchungshaft genommen, und stattdessen nicht erfolgreich ermittelt?

Ceren Türkmen betonte die Notwendigkeit, dass das Motiv Rassismus erneut überprüft werden muss und bei diesem dringenden Verdachtsfall ein Motivbündel bei der Täterin nicht auszuschließen ist. Mag sein, dass es ihr soziopsychologisch nicht gut ging und ein forensisches Gutachten notwendig war. Bei sieben Opfern liegt die Vermutung aber nahe, dass es mit der Schuldunfähigkeitsüberprüfung und Strafunmündigkeit zu einer Täter-Opfer-Umkehr gekommen ist, und die Ermittlungsbehörden sich wahrscheinlich mehr um das psychopathologische Profil der Täterin und weniger um die Angehörigen und Überlebenden gekümmert haben. Zumindest wissen wir, dass die Familie nach der Brandstiftung das Überleben selber organisieren musste und kaum Unterstützung bekam.

Der jahrelang erfolglos bleibenden Ermittlung sind die Angehörigen der Familie Satir selber nachgegangen. Regelmäßig informiert wurden sie von den Ermittlungsbehörden bis 1994 nicht. Möglicherweise entspricht das Täterprofil auch nicht den klassischen Monitoring-Kategorien eines identifizierbaren Täterprofils von rechten Gewalttäter*innen in den Sicherheitsbehörden. Das Täterprofil stimmt somit nicht mit der Realität rechter Gewalt überein. Organisierte rechte Kader sind nicht die einzigen rechten Gewalttäter*innen. Und das ist möglicherweise das Problem. Es kann an den Monitoring-Kriterien der Polizei und dem Unwillen liegen, rechte-rassistische Hasstaten zu benennen, als solche zu verurteilen und statistisch zu erheben.

Der Erfahrungsbericht Suat Akkuş wurde in türkischer Sprache vorgelesen. Darin beschreibt er den Tag, an dem er vom Brandanschlag erfuhr: „In Duisburg, an einem für uns schwarzen Tag, in den nächtlichen Stunden, vom Sonntag, dem 26. August 1984 auf Montag, den 27. August, verloren wir – durch einen Brandanschlag, der nach Rassismus roch – die Mutter meiner Frau, ihre geliebte Schwester, drei weitere Ge-

İnter

schwister, ihren Schwager und Neffen auf einem Schlag.“ Suat Akkuş wohnte damals mit seiner Frau und ihrem erst 14 Tage alten Säugling in Süddeutschland. Am Morgen nach der Brandstiftung war er wie üblich lohnarbeiten in der Fabrik. Er wurde vom Vorarbeiter aufgesucht. „Plötzlich stand ein Journalist vor mir. Er hatte lange Haare und sagte mir, dass er aus dem Norden angereist war. Ich wusste nicht, was er von mir will. Ich erinnere mich daran, dass er mich dann gefragt hat, ob ich die Familie Satır in Duisburg kenne. Ich sagte, ja, es ist die Familie meiner Ehefrau. Danach erinnere ich mich nur noch daran, dass ich die Nachricht erhielt, und nur noch daran dachte, stark bleiben zu müssen. Ich war es, der Remziye, meiner Frau, diese Nachricht übergeben, schnell nach Duisburg fahren und mich gemeinsam mit meinem Schwiegervater um die gesamte Familie und die Beerdigung kümmern musste“, berichtete uns Suat Akkuş in einem Gespräch. „Der Journalist ist mit uns nach Duisburg gefahren. Danach fuhr er auch auf das Begräbnis in Adana mit, über das er eine Reportage veröffentlicht hat.“

Martin Dietzsch vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung leitet dort seit langem ein Archiv zu Rechtsextremismus und begleitet die Initiative mit seiner Expertise. Er warf anhand ausgewählter Zeitungsartikel – veröffentlicht kurz nach dem Brandanschlag – einen kritischen Blick auf den damaligen öffentlichen Diskurs und auf die Berichterstattung in den 1980er Jahren in Duisburg und in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf rassistisch motivierte Gewalt. Nach seiner Analyse ist es auffällig, dass Betroffene in der Berichterstattung nie zu Wort kommen; dass die Opfer bzw. die sogenannten türkischen Mitbürger*innen oft als „Fremde“ markiert und nicht als Teil der Stadtgesellschaft angesehen werden. Außerdem wird die Existenz von Rassismus, damals als „Ausländerfeindlichkeit“ bezeichnet, in der Bevölkerung und in den Institutionen, sowie als Tatmotiv vollkommen ausgeblendet. Leitmotiv in der Lokalpresse ist das Bemühen, eine mögliche Rufschädigung für die Stadt zu vermeiden. Ein Bericht zitiert Anwohner aus Wanheimerort: „Unser Stadtteil ist durch diese Tat in einen so schlechten Ruf gekommen. Das muss richtiggestellt werden“. Kritische Stimmen werden in der Berichterstattung von vornherein als Desinformation linker politischer Störer ignoriert. In der überregionalen Berichterstattung gibt es lediglich zwei Beispiele (in den Zeitschriften Konkret und Stern), die einen möglichen rechten Hintergrund als Tatmotiv benennen und eine Empathie mit den Betroffenen zeigen.

Aynur Satır Akça war ein 13-jähriges Kind, als das Feuer in der Wanheimer Str. 301 gelegt wurde. Sie überlebte den Brand schwerverletzt nur durch einen Sprung aus dem Fenster des 2. Obergeschosses des Altbaus. Auf dem Podium berichtete sie, wie die Gewalterfahrung fortan ihr restliches Leben dominiert hat und sie noch heute mit den Folgen des Ereignisses täglich zu kämpfen hat. Auch sie hatte sich zuvor dafür entschieden, in den Wochen vor der Veranstaltung einen schriftlichen Bericht zu verfassen. Das freie Sprechen hätte sie nicht geschafft, wohingegen der Bericht ihr eine wichtige Stütze gab. Selbst während sie ihren Bericht vortrug, erklärte sie wiederholt, dass auch diese Form des Vorlesens ihr schwerfällt. Schließlich gab es bisher keine Öffentlichkeit, die ihr hätte zuhören wollen. Dieses 35 Jahre währende Schweigen und Weghören macht etwas mit der Sprechfähigkeit über Erinnerungen und Traumata. Umgekehrt bedeutet es für die kollektive Arbeit der Initiative, dass Erinnern und Gedenken als aktive Auseinandersetzung und Prozess verstanden werden müssen, die in der Gegenwart stattfinden. Trotz all der Schwere ergreift Aynur Satır Akça während der Diskussion das Mikrofon

İnter

und betont, dass sie es selbständig und ohne institutionelle Unterstützung mit der Solidarität von Familie und Freund*innen dennoch geschafft hat, sich ein Leben aufzubauen. In einem vorherigen Gespräch mit Mitgliedern der Initiative vertraute sie uns an, dass die fehlende Aufarbeitung und das Vergessen der Brandstiftung zu schwierigen und auch ambivalenten Alltagssituationen für sie führt. Sie berichtete von einem Beispiel, dass sie, wenn sie etwa bei lokalen Ärzt*innen in Duisburg wegen ihrer Rückenbeschwerden ist, während der Anamnese immer von null an von der Brandstiftung und ihrem Sprung aus dem Fenster erzählen muss. „Wenn sie dann so fragend auf mich gucken, und denken, ich würde die Geschichte erfinden, dann fühle ich mich noch unverständener und schlechter als zuvor. Manchmal schweige ich deshalb lieber.“

Kutlu Yurtseven von der Initiative „Herkesin Meydanı - Platz für Alle“ und Tribunal NSU-Komplex auflösen sprach über die Kontinuitäten des institutionellen Rassismus. Er stellte die These auf, dass wie im Duisburger Fall bei den Ermittlungen das Motiv Rassismus systematisch ausgeschlossen wurde und wird und behauptete, dass es starke Verstrickungen zwischen den Behörden wie dem Verfassungsschutz und der Neonazi-Szene geben muss. Die Strukturen seien so geschaffen, dass auch nicht rassistische Personen dadurch rassistisch handeln. Kutlu Yurtseven zog Parallelen zu rassistischen Anschlägen der 1980er, 1990er bis hin zu den NSU-Morden bezüglich der Ermittlungsmethoden, des Umgangs mit den Betroffenen, aber auch bezüglich der Erinnerungspraktiken. Er schilderte die Probleme bei der Verwirklichung des Mahnmals auf der Keupstraße als beispielhaft für viele weitere Erinnerungsorte, besonders was die Wahl des Standorts, sprich was die Verwirklichung der Wünsche Betroffener betrifft: „Unsere Pflicht als Initiative, als Stadtgesellschaft ist es zuzuhören. [...] Genauso ist es mit dem Mahnmal für die Keupstraße, was nur der kleinste Nenner ist. Es geht dabei um Respekt und Menschlichkeit. Darum muss das Mahnmal auf die Keupstraße.“ Kutlu Yurtseven betonte, dass es nicht nur für die Hinterbliebenen wichtig sei, an die Opfer und an das rassistische Nagelbombenattentat zu erinnern, sondern für die Gesamtgesellschaft, als Mahnung.

Ümit Akkuş, der Sohn von Remziye und Suat Akkuş, machte aus seiner persönlichen Perspektive heraus deutlich, wie unverarbeitete Traumaerfahrungen durch die unbewusste Weitergabe an die nächsten Generationen das Familienleben und die Identitätsbildung beeinflussen. „Ich habe in meinen 28 Jahren noch nie so viel über diese Tat erfahren wie heute“ sagte er und erwähnte, wie schwierig und belastend es für die Familie war und ist darüber zu reden. Außerdem erzählte er von seinen Rassismuserfahrungen, die ihn alltäglich in allen Lebenslagen begleiten.

Jan-Robert Hildebrandt, Berater bei der unabhängigen Opferberatung Rheinland, unterstützt Betroffene darin, ihre Rechte wahrzunehmen, sozialpsychologisch ihre Traumata zu überwinden, und falls von den Betroffenen erwünscht, politische Interventionen zu unterstützen. Er betonte die Wichtigkeit der Betroffenenperspektive, die jahrzehntelang ignoriert wurde. Es existiere eine Schieflage im öffentlichen Diskurs und in der Berichterstattung, was die Perspektive der Täter*innen im Gegensatz zu den Betroffenen angeht. Diese Perspektiven sind aber wichtig, damit eine öffentliche Lobby für die Betroffenen entsteht und dadurch eine Sensibilisierung der Gesellschaft stattfinden kann. Hildebrandt sagte, dass viele Betroffene über ihre Rechte nicht informiert werden. Zudem sei es für die meisten Opfer rassistischer Gewalt ein Bedürfnis, in geschützten Räumen über ihre

İnter

Erlebnisse, Bedürfnisse und Ängste zu sprechen. Seine Position als Berater beschrieb er als ein Privileg: dass er das Vertrauen Betroffener genießt, sich auf der anderen Seite seiner großen Verantwortung bewusst ist. In diesem Kontext muss vor Augen gehalten werden, dass die Opferberatungsstellen anfänglich antifaschistische Selbstorganisationen waren, die erst später staatliche Unterstützung bekamen. Hildebrandt bezeichnet es als eine vertane Chance seitens des Staates, sich nach den rassistischen Ereignissen in den 1990er Jahren nicht für die Betroffenen stark gemacht zu haben. Den Betroffenen der 1980er und 1990er Jahre hätten nicht nur Beratungsstellen gefehlt, sie mussten zudem aus eigener Kraft mit starkem Gegenwind kämpfen. Viele waren sich ihrer Rechte nicht bewusst, selbst Anwält*innen waren nicht ausreichend über Entschädigungsgesetze informiert. Viele Betroffene würden teilweise nach Jahrzehnten zum ersten Mal gehört, da sie mit ihrem Trauma komplett alleine gelassen wurden. Eine Täter-Opfer-Umkehr fand vor 35 Jahren und findet auch heute immer noch statt. Die fehlende Fokussierung auf die Betroffenenperspektive bleibt dabei ein großes Hindernis, diese für die Betroffenen belastende und retraumatisierende Methodik aufzubrechen.

Der 14-jährige Can Özcan, Sohn von Eylem Satır Özcan, teilte mit, was es für ihn bedeutete, vor nicht einmal einem Jahr zum ersten Mal über die Brandstiftung auf das Haus der Familie seiner Mutter erfahren zu haben. Seitdem beschäftigt er sich intensiv mit der Vorgeschichte seiner Familie. Auch wenn es belastend ist, helfe es ihm, mit der Initiative offene Fragen zu klären in Bezug auf Rassismus und rechte Gruppen. Er findet es gut, dass er über die Arbeit der Initiative Duisburg 1984 auch Musiker wie Kutlu Yurtseven kennenlernen kann, und sie möglicherweise auch Feste gegen Rassismus feiern können.

Bengü Kocatürk-Schuster, Mitglied der Initiative und Mitarbeiterin im DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland, berichtete über die Notwendigkeit der Gründung des DOMiD vor 29 Jahren. Im offiziellen Narrativ tauchte das Thema Migration damals nicht auf, da staatliche Institutionen das Thema Migration komplett ausklammerten. Falls es doch Erwähnung fand, dann geschah dies sehr oberflächlich und einseitig, weil bekanntlich die Stimmen der Migrant*innen nicht mit einbezogen wurden. Darin sieht Kocatürk-Schuster eine institutionelle Diskriminierung. Die ersten Ideen zur Gründung eines Dokumentationszentrums entstanden bereits Ende der 1980er Jahre. Offiziell wurde DOMiD 1990 gegründet, sozusagen als eine selbstbewusste „Trotzaktion“ in einer Zeit des Umbruchs und in einer politischen und gesellschaftlichen Stimmungslage einer abschottenden, ausgrenzenden Migrationspolitik. Die Gründer*innen sagten sich: „Wir sind hier, wir bleiben hier und wir schreiben unsere Geschichte jetzt selbst.“ In dem Archiv und Museum konnten im Laufe der Jahre wertvolle Quellen zum Thema gesichert werden, denn die Zeugnisse der Migrationsgeschichte drohten zum größten Teil zu verschwinden. Die Geschichte wurde von unten geschrieben, daher gibt es sehr viele Parallelen zwischen den Kämpfen der Migrant*innen in Deutschland und DOMiD. Dabei war es für DOMiD immer entscheidend, die Perspektive der Migrant*innen und marginalisierten Gruppen sichtbar zu machen und hervorzuheben. Dadurch konnten Gegennarrative gebildet werden. Das zeigt sich auch darin, dass die Quellen bei DOMiD bei der Gründung der Initiative Duisburg 1984 einen zentralen Anstoß gegeben haben. Erst im DOMiD-Archiv wurden Hinweise über den Brandanschlag entdeckt, die zur weiteren Recherchearbeit und Entdeckung eines vergessenen Ereignisses führten.

İnter

Nach Bengü Kocatürk-Schusters Ausführungen wurde ein Gedicht von Suat Akkuş in türkischer Sprache vorgetragen, in dem er den schmerzlichen Verlust seiner geliebten Schwiegermutter aufarbeitet. In der Erinnerungspoetik von Suat Akkuş wird deutlich, wie ihn das Selbstverständnis, als Migrant*innen anerkannte Bürger*innen der bundesdeutschen Gesellschaft zu sein, angesichts der Rassismuserfahrungen der 1980er Jahre, Migrant*innen verlassen hat. Migrant*innen selber hingegen, ähnlich wie die Familie Satır sind nicht gegangen. Vielmehr setzen sie sich heute, 35 Jahre später, durch ihre Anklage für die Demokratisierung Almanyas ein!

Tam göğsümün ortasında bir yerim acıdı anne
Genau mitten in meiner Brust tut eine Stelle weh, Mutter

Almanya'nın bizi içine sindiremeyecek kadar dar olduğunu anladım o gece anne
In dieser Nacht habe ich begriffen, dass in Deutschland für uns kein Platz ist, Mutter
[...]

Suat Akkuş, Duisburg 2019

Zum Schluss wurde eine Grußbotschaft İbrahim Arslans – Überlebender des rassistischen Brandanschlags Mölln 1992 und erinnerungskulturpolitischer Aktivist – vorgelesen. Er könne genau nachvollziehen, wie sich die Familie in den Jahrzehnten gefühlt haben muss. Arslan sprach seine Solidarität aus und riet dazu, sich mit weiteren Betroffenen und solidarischen Menschen zu verbünden, um gestärkt den Kampf gegen das Vergessen und gegen Rassismus zu führen. Im Anschluss an die Podiumsbeiträge wurden Fragen aus dem Publikum beantwortet.

Die Initiative Duisburg 1984 kämpft darum, dass die Perspektive der Betroffenen rassistischer Gewalt in das kollektive Gedächtnis eingeht. Um dies zu erreichen, lädt die Initiative Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen weiterer Initiativen und Künstler*innen am 31. August 2019 zum Gedenktag nach Duisburg ein. Und am wichtigsten – sie lädt Betroffene rechter und rassistischer Gewalt selbst ein, um gemeinsam zu sprechen, zu trauern und um uns zu organisieren.

Im Rahmen des Gedenktags wird eine juristische Neubewertung des Falles präsentiert und auf drei Podiumsgesprächen über Rassismus, rechte Gewalt und migrantische Selbstorganisation in den 1980ern, sowie Erinnerungspraktiken heute diskutiert. Das Programm wird gerahmt von Kurzfilmen und Musik.

Die Initiative Duisburg 1984 wird gefördert vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG e.V.), Rosa Luxemburg Stiftung NRW, Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW, NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste, GLS Treuhand, Kultursekretariat NRW, Amadeu Antonio Stiftung und Stadt Duisburg.

www.inidu84.de

www.interkultur.ruhr